

Die bayerische Wirtschaft

vbw

Halbjahresbericht 2/2023

www.vbw-bayern.de

Berichtszeitraum

**Mai 2023 bis
Oktober 2023**

Editorial	02
Bayern bleibt stabil	03
Keine Erholung in Sicht	04
Standort in Gefahr? Strukturelle Herausforderungen	06
Regionale Arbeitslandschaften	10
Quo Vadis Rentensystem	11
Mythen und Fakten zur Vier-Tage-Woche	12
Bildung und berufliche Souveränität	13
Neues aus den Verbänden	14
In den Medien	18
Aus den Regionen	19
vbw Gremium	21
Impressum	22

Editorial

Gegen die De-Industrialisierung hilft nur eine Entfesselungsagenda!



Wolfram Hatz
Präsident



Bertram Brossardt
Hauptgeschäftsführer

Deutschland befindet sich in der Rezession.

Unser Land hat sich zuletzt schwächer entwickelt als die meisten anderen Staaten in Europa. Auch die Aussichten sind alles andere als rosig, denn unsere Standortbedingungen lassen zu wünschen übrig. Die hohen Energie- und Arbeitskosten, die Steuerlast, die Bürokratie und der eklatante Mangel an Fach- und Arbeitskräften: Diese toxische Mischung hat eine schleichende De-Industrialisierung in Gang gesetzt. Immer mehr Unternehmen verlagern Teile ihrer Wertschöpfung ins Ausland. Und so entstehen Arbeitsplätze und neuer Wohlstand derzeit eher an anderen Orten der Welt als bei uns.

Was es jetzt braucht, ist eine neue Standortpolitik. Eine Politik, die der Wirtschaft neue Perspektiven und den Unternehmen mehr Raum zur Entfaltung gibt. Das aber scheint noch längst nicht in allen Köpfen angekommen zu sein: Statt beispielsweise darüber zu sprechen, wie wir durch eine kleine Erhöhung der Arbeitszeit den Mangel an Arbeitskräften abmildern können, diskutieren wir allen Ernstes über die Vier-Tage-Woche bei vollem Lohnausgleich.

Eine neue Standortpolitik brauchen wir aber auch aus einem zweiten wichtigen Grund: Nur wenn unsere Unternehmen investitionsfreudig und investitionsfähig sind, werden wir unsere ambitionierten Klimaziele erreichen. Zu diesem Thema haben wir als vbw unlängst eine Kampagne vorgestellt, in der wir aufzeigen, welche großartigen Beispiele der Nachhaltigkeit die bayerische Wirtschaft tagtäglich liefert. Auf unserer Internet-Seite wird deutlich, wie sie aussehen kann, die „Zukunft. Made in Bavaria.“. Wir müssen uns aber klar darüber sein: Voraussetzung für diese nachhaltige Zukunft ist eine Wirtschaft, die stark bleibt.

Mehr denn je gilt deshalb jetzt: Wir müssen raus aus dem Krisenmodus und rein in eine Entfesselungsagenda!

Wolfram Hatz
Präsident

Bertram Brossardt
Hauptgeschäftsführer



Kommentar

Bayern bleibt stabil

vbw Hauptgeschäftsführer Bertram Brossardt kommentiert das Ergebnis der Landtagswahl mit den folgenden Worten:

Für uns als bayerische Wirtschaft ist das wichtigste Ergebnis: Bayern bleibt stabil. Die breite demokratische Mitte der Gesellschaft hat zusammen die deutliche Zustimmung der Bevölkerung erfahren. Dabei haben die Regierungsparteien im Vergleich zu 2018 insgesamt sogar etwas dazu gewonnen. Wir können so auf Kontinuität und damit auch auf ein großes Stück Verlässlichkeit setzen. Die starke bürgerliche Mehrheit in Bayern lässt einen stabilen wirtschaftspolitischen Kurs erwarten. Wir freuen uns darauf, die gute und vertrauensvolle Zusammenarbeit mit der Bayerischen Staatsregierung auch in Zukunft fortzusetzen.

Ein Wermutstropfen ist aus Sicht der Wirtschaft, dass die FDP den Wiedereinzug in den Landtag verpasst hat.

Für die Menschen am wichtigsten sind eine starke Wirtschaft und sichere Arbeitsplätze, denn darauf beruht nun einmal unser Wohlstand.

Die CSU hat einen klaren Regierungsauftrag. Alle Parteien sind gefordert, ihren Fokus auf Wirtschaftspolitik zu legen. Es gilt jetzt, eine drohende De-Industrialisierung durch zu packende Standortpolitik zu verhindern. Wir brauchen wachstumsfördernde Bedingungen für unsere Unternehmen, damit sie mehr investieren können. Fehlende Investitionen heute sind fehlende Innovationen, fehlende Wertschöpfung und damit fehlende Arbeitsplätze von morgen. Ein wichtiges Element ist dabei die Energiepolitik. Es geht vor allem darum, den Ausbau der erneuerbaren Energien und der Stromnetze mit erhöhter Intensität anzugehen. Zudem geht es darum, dass wir auf allen staatlichen Ebenen schneller, unbürokratischer und digitaler werden, damit wir die jetzt anstehenden Veränderungen in der gebotenen Geschwindigkeit meistern. Zentrales Element sind dabei schnellere Planungs- und Genehmigungsverfahren, damit die nötige Infrastruktur – etwa für Energie – tatsächlich schnell umgesetzt werden kann.

Klar ist aber auch: Über einen wesentlichen Teil der Standortbedingungen für bayerische Unternehmen wird in Berlin und Brüssel entschieden. Hier muss die Bayerische Staatsregierung klare Kante zeigen und sich für gute Standortbedingungen einsetzen. Die Berliner Regierungsparteien haben allesamt gegenüber 2018 Stimmen eingebüßt und liegen in Bayern deutlich unter 30 Prozent. Das ist ein Signal, das die Parteien in Berlin aufnehmen sollten.

Aus unseren Social-Media-Kanälen



Die vbw hat die Landtagswahl 2023 in Bayern mit einer Vielzahl von Aktivitäten begleitet. Nach der Wahl geht es jetzt darum, die richtigen Weichenstellungen für den Freistaat vorzunehmen. Eine Zusammenfassung der wesentlichen Punkte finden Sie in unserem Bayernprogramm „12 für 5“.



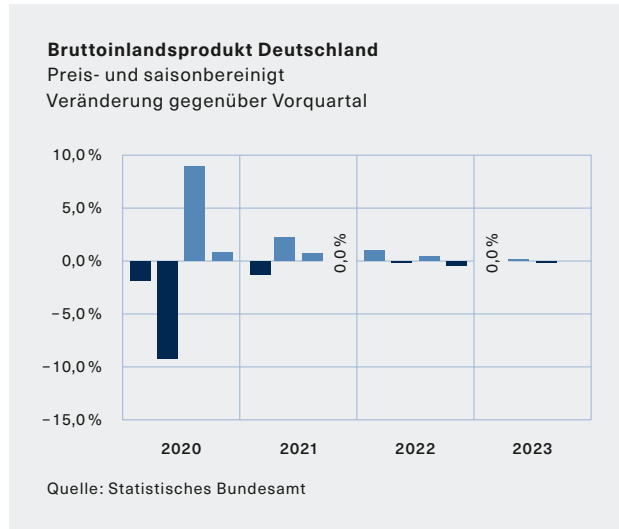
PDF-Download
vbw BayernProgramm
→ vbw-bayern.de/BAYPR

Wirtschaftliche Lage

Keine Erholung in Sicht

Die deutsche Wirtschaft entwickelt sich weiter schwach. Nachdem im ersten Quartal 2023 eine Stagnation beobachtet und im zweiten Quartal 2023 lediglich ein Plus von 0,1 Prozent erreicht wurde, ist die Wirtschaftskraft im dritten Quartal des laufenden Jahres leicht um 0,1 Prozent gesunken. In Bayern verläuft die Wirtschaftsentwicklung etwas besser. Im ersten Halbjahr 2023 lag das BIP um 0,5 Prozent über dem Vorjahresniveau, während sich bundesweit ein Minus von 0,1 Prozent ergab.





Positive Impulse kamen aus dem Hotel- und Gastgewerbe, das trotz der hohen Inflation von einem Nachholeffekt nach der Coronapandemie profitiert. Im Einzelhandel hingegen schlägt die Verbraucherpreissteigerung voll durch und führte im bisherigen Jahresverlauf zu einem realen Umsatzrückgang. Zuletzt konnte ein leichter Rückgang der Inflation beobachtet werden, was aber überwiegend auf einem Vorjahreseffekt beruht. Allerdings lassen zuletzt sinkende Import- und Großhandelspreise darauf hoffen, dass die Inflation im kommenden Jahr nachhaltiger zurückgeht.

Zur Eindämmung der Inflation hat die EZB die Leitzinsen schnell und spürbar erhöht. Dies belastet vor allem den Bau und hier insbesondere den Wohnungsbau. Die Wohnungsbaugenehmigungen liegen um über ein Drittel niedriger als im Vorjahr. Die Industrie konnte ihre Produktion im bisherigen Jahresverlauf leicht steigern, die Entwicklung der einzelnen Branchen ist aber sehr differenziert. Während die Automobil- und Elektroindustrie sowie der Maschinenbau zulegen konnten, mussten vor allem die energieintensiven Branchen wie die Chemische Industrie, die Papierindustrie, das Ernährungsgewerbe oder die Metallherzeugung ihre Produktion deutlich drosseln.

Lange Zeit wurde die Wirtschaft von der Angebotsseite her durch Lieferengpässe und Materialmangel gebremst. Inzwischen wird die Nachfrageseite zunehmend zum Problem. So hat sich der Anteil der bayerischen Industrieunternehmen, deren Produktion durch fehlende Aufträge behindert wird, von 14 Prozent im Frühjahr auf 35 Prozent im Sommer mehr als verdoppelt.

Die deutsche Wirtschaft wird im Gesamtjahr 2023 leicht schrumpfen, für Bayern halten wir weiterhin eine Stagnation für möglich. Anzeichen für eine schnelle Erholung sind nicht in Sicht. Die nach wie vor hohe Inflation dämpft die Konsumlaune, die hohen Zinsen bremsen die Investitionstätigkeit. Auch das globale Umfeld ist schwach, die Weltwirtschaft wird in diesem und im kommenden Jahr nur leicht wachsen. Vor allem aus China, einem bisher sehr dynamischen Markt, sind wenig Impulse zu erwarten. Relativ stabil ist hingegen die Entwicklung in den USA, dem größten Exportmarkt Bayerns.

Der bayerische Arbeitsmarkt zeigt sich erstaunlich robust. Die Arbeitslosenquote lag zuletzt bei 3,3 Prozent, so tief wie sonst nirgendwo in Deutschland. Die schwache

Anteil bayerischer Industrieunternehmen mit Produktionsbehinderung durch fehlende Aufträge

Frühjahr 2023

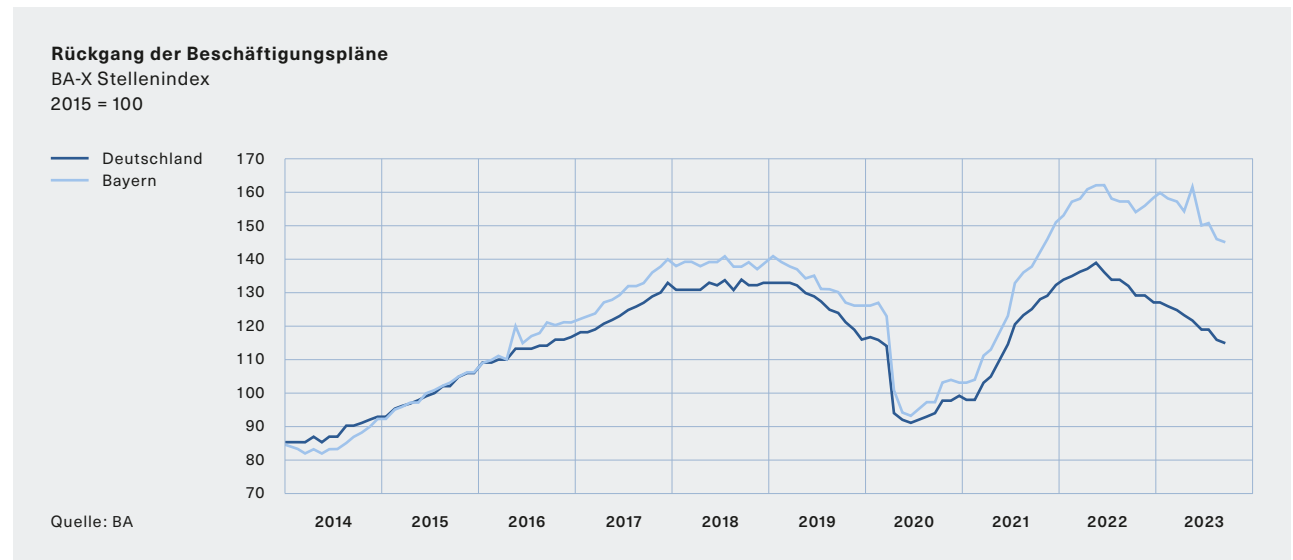
14 %

Anteil bayerischer Industrieunternehmen mit Produktionsbehinderung durch fehlende Aufträge

Sommer 2023

35 %

Konjunktur läuft aber nicht spurlos am Arbeitsmarkt vorbei. So stieg die Zahl der Arbeitslosen in Bayern im Jahresverlauf saisonbereinigt um 23.000 Personen. Zudem lässt die Nachfrage der Unternehmen nach Arbeitskräften spürbar nach. Der sogenannte BA-X Stellenindex ging im Verlauf des Jahres merklich zurück. Vor dem Hintergrund des Fach- und Arbeitskräftemangels ist aber kein gravierender Anstieg der Arbeitslosigkeit zu erwarten, da die Unternehmen versuchen, Arbeitskräfte zu halten.



Im Brennpunkt

Standort in Gefahr? Strukturelle Herausforderungen

Bayern ist nach wie vor ein starker Wirtschafts- und Industriestandort, der jedoch vor großen Herausforderungen steht. Die Standortbedingungen haben sich bundesweit in den letzten Jahren spürbar verschlechtert. Hohe Arbeitskosten, deutlich gestiegene Energiekosten, eine hohe Steuer- und Abgabenbelastung, eine immer stärker ausufernde Bürokratie sowie der zunehmende Mangel an Arbeits- und Fachkräften sind die größten Kritikpunkte der Unternehmen.



Diese Nachteile stellen eine ernsthafte Gefahr für unseren Standort dar. Einige Unternehmen haben bereits Verlagerungen ins Ausland durchgeführt, andere denken intensiv darüber nach. Vor allem aber fällt bei anstehenden Neuinvestitionen immer häufiger die Entscheidung für ausländische Standorte. Umgekehrt entscheiden sich ausländische Investoren immer seltener für Deutschland. So flossen im Jahr 2022 knapp 143 Milliarden Euro an Kapital in Form von Direktinvestitionen aus Deutschland ab, während gerade einmal elf Milliarden Euro von ausländischen Unternehmen in Deutschland investiert wurden. Das ist der bisher höchste Netto-Kapitalabfluss aus Deutschland innerhalb eines Jahres.

Druck auf den Industriestandort Bayern

Vor allem die Industrie, und hier wiederum die energieintensiven Branchen, stehen unter besonderem Druck. Deutschland und Bayern droht eine schleichende De-Industrialisierung. Diese gilt es unbedingt zu verhindern. Die Industrie hat in Bayern mit einem Wertschöpfungsanteil von fast einem Viertel ein besonderes Gewicht und ist ein entscheidender Erfolgsfaktor für die Wirtschaft im Freistaat. Dieser hohe Anteil sorgt auch in anderen Wirtschaftssektoren – im Handwerk, im Bau, im Dienstleistungssektor – für Wertschöpfung und Beschäftigung: durch den Bezug von Vorprodukten und Dienstleistungen ebenso wie durch die Konsumausgaben der Industriebeschäftigten. Der wirtschaftliche Erfolg Bayerns beruht auf seiner breiten Wertschöpfungskette. Deshalb muss die Wirtschaftsstruktur des Freistaats in ihrer Gänze erhalten bleiben.

Bezahlbare und zuverlässige Energieversorgung sicherstellen

Ein wesentliches Instrument zur Vermeidung einer De-Industrialisierung ist die Einführung eines zeitlich begrenzten Brückenstrompreises für energieintensive Unternehmen, die im internationalen Wettbewerb stehen – auch für den Mittelstand. Nach unserer Prognose kann durch den Ausbau der erneuerbaren Energien ab Beginn der 2030er-Jahre der Strompreis eine Größenordnung erreichen, die

„Unser Standort und seine Rahmenbedingungen müssen endlich wieder in den Fokus der politischen Bemühungen gesetzt werden.“

Bertram Brossardt
Hauptgeschäftsführer vbw

unsere internationale Wettbewerbsfähigkeit sichert. Bis das der Fall ist, muss der Ausgleichsmechanismus greifen.

Zusätzlich sind weitere Maßnahmen zur Absenkung der Strompreise für die ganze Breite der Wirtschaft geboten – nicht als Alternative, sondern als notwendige Ergänzung. Die wichtigste und längst überfällige Maßnahme ist die generelle Absenkung der Stromsteuer von heute 2,05 Cent pro Kilowattstunde auf das europarechtlich zulässige Minimum von 0,05 Cent.

Darüber hinaus ist es dringend erforderlich, das Stromangebot durch den zügigen Ausbau der erneuerbaren Energien und Stromnetze auszuweiten. Dies dämpft nicht nur die Strompreise, sondern gewährleistet auch eine sichere Energieversorgung mit klimafreundlicher Energie. Die ausreichende Versorgung mit erneuerbaren Energien ist ein zunehmend wichtiger Standortfaktor. Dies betrifft auch die Verfügbarkeit von grünem Wasserstoff. Eine Wasserstoffwirtschaft mit entsprechender Infrastruktur muss in Bayern jetzt entschieden aufgebaut werden.

Bayerische Carbon-Management-Strategie

Ohne die breite Anwendung von CO₂-Abscheidung, -Nutzung und -Speicherung (CCU/S – Carbon Capture, Utilisation and Storage) kann ein Industrieland wie Bayern seine Klimaziele nicht erreichen. Selbst bei vollständiger Umstellung auf eine CO₂-neutrale Energieversorgung wird es prozessbedingte CO₂-Emissionen geben, z. B. in der Zement- und Kalkindustrie, die auch zukünftig nicht vermieden werden können. Für dieses CO₂ müssen wir Möglichkeiten der Speicherung und Weiterverwendung im Freistaat schaffen. Es ist aber auch eine zusätzliche Transportinfrastruktur erforderlich.

Aus unseren Social-Media-Kanälen



Die vbw Studie *CO₂-Infrastruktur in Bayern* befasst sich mit der Entwicklung einer bayerischen Carbon-Management-Strategie und steht zum Download zur Verfügung.



Download Studie
→ vbw-bayern.de/STCO2

Ein bayerisches Kernnetz für den Transport von CO₂ muss jetzt geplant werden. Dafür ist eine ganzheitliche Infrastrukturplanung über Grenzen hinweg nötig, um Transitmengen abschätzen und Leitungskapazitäten bereits jetzt auf ihre langfristige Nutzung auslegen zu können. Eine parallele Planung von Strom-, Wasserstoff- und CO₂-Leitungen führt zu Kosteneinsparung und stellt die Verfügbarkeit von Wasserstoff für CCU-Anwendungen sicher.

Internationale Risiken für bayerische Unternehmen 2023

Eine vbw Studie zu internationalen Risiken zeigt, dass Unternehmen ein ganzes Bündel an strukturellen Risiken zu bewältigen haben. Diese Risiken kommen nur teilweise von außen auf Deutschland zu. Etliche von ihnen sind das Ergebnis politischer Entscheidungen in Deutschland und der EU.

Die Abbildung *Risiken und ihre Folgen für den bayerischen Industrie-Dienstleistungsverbund* veranschaulicht die Einschätzung der Unternehmen zur Risikolage und zu den damit verbundenen Problemen. Das Ausmaß, in dem die Risiken Geschäftsmodelle von Unternehmen infrage stellen und deren Investitionen hemmen, ist alarmierend. Das gilt umso mehr angesichts der Wechselwirkung zwischen diesen Aspekten. Während die Zahlen zur Auslandsverlagerung im Vergleich noch relativ klein wirken, ist es durchaus dramatisch, dass acht Prozent aller Unternehmen im Industrie-Dienstleistungsverbund allein aus Kostengründen Verlagerungen anstreben. Bei stark internationalisierten Unternehmen sind es sogar 15 Prozent, und auch etliche andere Risiken wirken sich auf diese Gruppe – wie auch auf große und auf gewerbliche Unternehmen – spürbar stärker aus als auf den Durchschnitt aller Unternehmen.

Herausforderung Wohnungsbau

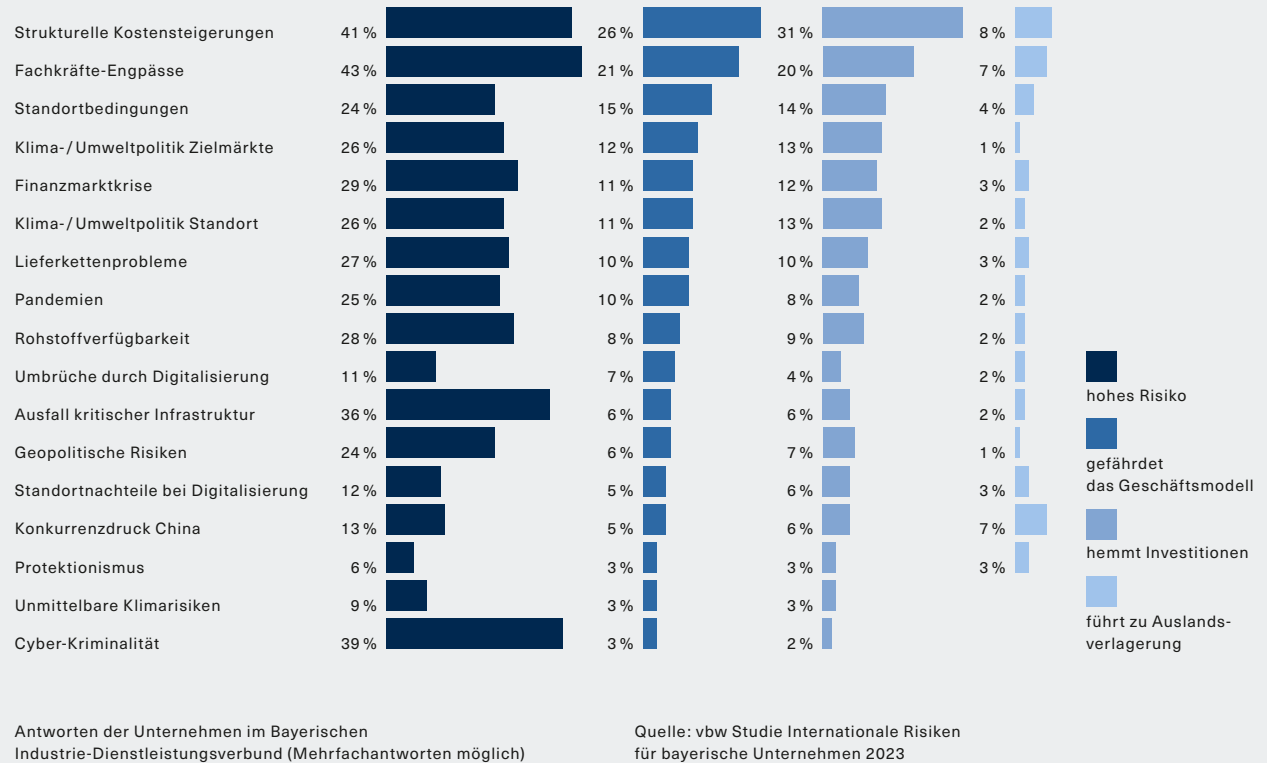
Wie sehr schwierige Rahmenbedingungen notwendige Entwicklungen erschweren, zeigt sich beim Wohnungsbau. Seit März 2023 sind die Wohnungsbaugenehmigungen

bundesweit deutlich eingebrochen, im Juli 2023 wurde in Bayern ein neuer Tiefstand erreicht. Hintergrund sind vor allem inflations- und auflagenbedingt stark gestiegene Preise und die deutlich gestiegenen Zinsen.

Der Freistaat Bayern hat auf die Lage schon mit einem deutlichen Ausbau von Förderimpulsen reagiert. Die Bundesregierung hat bisher über zusätzliche Förderauflagen und niedrigere Förderzusagen bremsend gewirkt, eine Anhebung der Abschreibung von zwei auf drei Prozent verpuffte deshalb. Auf hohen Druck aus der Wirtschaft hin wurden zuletzt etliche positive Impulse angekündigt; ab

Anfang 2024 sollte davon jedenfalls die degressive AfA für den Wohnungsbau eingeführt sein. Auch stehen in der KfW-Eigenheimförderung höhere Einkommensschwellen an, was Bayern in der Landesförderung schon eingeführt hat. Wie schnell bundesweit weitergehende Impulse, darunter auch schnellere Planungs- und Genehmigungsverfahren, umgesetzt werden, bleibt abzuwarten. In Bayern führt die Digitalisierung der Verfahren bereits zu wichtigen Fortschritten. Bürokratieabbau, Planungsbeschleunigung und Digitalisierung müssen in jedem Fall entschlossen weiter vorangetrieben werden.

Risiken und ihre Folgen für den bayerischen Industrie-Dienstleistungsverbund



Steuerpolitik für Wachstum und Chancen

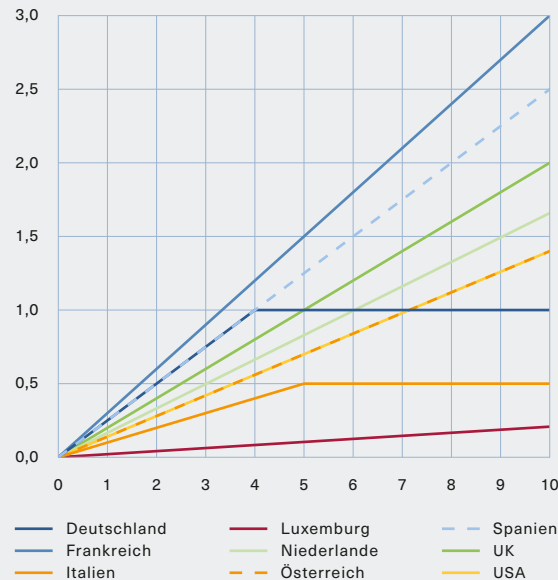
Höhe und Komplexität der Steuern beeinträchtigen die Wettbewerbsfähigkeit deutscher Unternehmen immer stärker. Die neue vbw Studie *Deutsche Unternehmen auf den Weltmärkten – Steuerliche Hemmnisse* belegt, dass Deutschland im Vergleich mit seinen 13 härtesten Standortkonkurrenten in keinem der für die Unternehmensbesteuerung zentralen Punkte top oder zumindest besser als das Mittelfeld ist. Bei der Höhe der Unternehmensteuern trägt Deutschland die rote Laterne.

1. Deutschland ist für Kapitalgesellschaften im internationalen Vergleich ein Höchststeuerland. Angesichts der Gegebenheiten in wichtigen konkurrierenden Ländern empfiehlt sich eine Belastung mit nicht mehr als 25 Prozent. Vergleichbar sollten auch thesaurierte Gewinne von Personengesellschaften besteuert werden.
2. Die steuerliche Förderung von Forschungsvorhaben ist im Ausland oft wesentlich attraktiver als in Deutschland. Um gegenzusteuern, sollten in Deutschland die maximale Förderhöhe und die derzeit auf Personalkosten beschränkten förderfähigen Aufwendungen deutlich ausgeweitet werden.
3. Deutschland steht im internationalen Vergleich der Verlustverrechnungsmöglichkeiten nur im Mittelfeld. Attraktiver wäre das deutsche Steuerrecht, wenn der Verlustrücktrag zeitlich und betragsmäßig ausgeweitet und die Beschränkung des Verlustvortrags dauerhaft abgeschafft würde.
4. Wenn ein Gesellschafter eines Unternehmens ins Ausland umzieht, sollte die Steuer auf die stillen Reserven in seinen Unternehmensanteilen nur fällig werden, wenn die Anteile verkauft werden.
5. Ausländische Quellensteuern werden nicht auf die Gewerbesteuer angerechnet. Das erhöht die Gesamtsteuerbelastung inländischer Kapitalgesellschaften bei grenzüberschreitenden Geschäftsbeziehungen und Investitionen erheblich. Richtig wäre die vollständige Anrechnung.

„Wir brauchen wachstumsfördernde Bedingungen für unsere Unternehmen, damit sie mehr investieren können.“

Bertram Brossardt
Hauptgeschäftsführer vbw

Deutschland 2023 im internationalen Vergleich
Steuerliche Forschungsförderung bei Aufwendungen bis zu zehn Millionen Euro



Aufwendungen in Mio. Euro

x-Achse: Höhe der förderfähigen Aufwendungen von 0 Euro bis 10 Mio. Euro

y-Achse: Absolute Höhe der Förderung in Abhängigkeit vom Fördersatz des jeweiligen Landes

Quelle: vbw Studie Deutsche Unternehmen auf den Weltmärkten – Steuerliche Hemmnisse

6. Die Niedrigsteuergrenze der deutschen Hinzurechnungsbesteuerung von 25 Prozent ist im internationalen Vergleich extrem hoch und kommt deshalb bei einer Vielzahl ausländischer Staaten zum Tragen. Die Grenze sollte auf 15 Prozent gesenkt werden.
7. Die EU-Richtlinie zur Umsetzung der Globalen Mindeststeuer sieht eine Öffnungsklausel vor, die die Handhabung der Mindeststeuer erheblich vereinfacht. Die Öffnungsklausel muss, anders als bisher von der Bundesregierung geplant, in das deutsche Recht übernommen werden.
8. Zur Eindämmung steuerlicher Gestaltungen enthält das deutsche Steuerrecht verschiedene hochkomplexe Regelungen mit ähnlichen Zielen. Das führt zu überbordendem Aufwand. Sinnvoll und mit der Einführung der globalen Mindeststeuer zu rechtfertigen wäre die Abschaffung der Hinzurechnungsbesteuerung, der Lizenzschränke, der Zinsschränke und der Maßnahmen des Steueroasen-Abwehrgesetzes.

Aktuelle Gesetzesentwürfe – das Wachstumschancen-gesetz und das Mindeststeuerrichtlinien-Umsetzungsgesetz – versprechen in einigen der aufgeführten Punkte Besserung. Besonders gilt das für eine gewisse Entlastung thesaurierender Personenunternehmen, temporär degressive Abschreibungsmöglichkeiten, eine höhere steuerliche Forschungsförderung und beim steuerlichen Umgang mit Verlusten. Die bis 2029 geplante Klimaschutzprämie und etliche, vor allem bei kleinen Unternehmen den Bürokratieaufwand mindernde Schritte kommen dazu, daneben allerdings auch neue erschwerende Auflagen bei steuerlichen Meldepflichten und der Behandlung von Zinsen. Das Ergebnis bleibt weiter deutlich hinter steuerlichen Qualitäten anderer Standorte zurück. Hier ist mehr Konsequenz notwendig. Auch zu weiteren wichtigen Aspekten, wie den im internationalen Vergleich viel zu hohen Energiesteuern, der übermäßigen Bürokratie zur erbschaftsteuerlichen Verschonung von Betriebsvermögen oder der hohen Rechtsunsicherheit bei der Grunderwerbsteuer, fordert die vbw belastbare Antworten.



Studie

Regionale Arbeitslandschaften

Trotz der vielen negativen Faktoren für unseren Standort rechnen wir mit einem Engpass bei der Versorgung der Unternehmen mit Fach- und Arbeitskräften. Das zeigt die Studie *Regionale Arbeitslandschaften*.

Seit über zehn Jahren veröffentlicht die vbw in ihrer Reihe *Arbeitslandschaft* regelmäßig Studien, wie sich der Arbeitsmarkt künftig entwickeln wird. Mit diesen Prognosen wollen wir aufzeigen, in welchen Teilbereichen des Arbeitsmarktes künftig mit Arbeitskräfte- und Fachkräfteengpässen zu rechnen ist. So geben wir Entscheidern vor Ort die Daten und Fakten an die Hand, um gezielte Maßnahmen zur Arbeitskräfte- und Fachkräftesicherung vor Ort aufzusetzen.

„Der Fachkräftemangel ist bereits jetzt spürbar und wird sich in den kommenden Jahren demografiebedingt weiter verschärfen.“

Bertram Brossardt
Hauptgeschäftsführer vbw

Mit unserer aktuellen Studie beleuchten wir in der Analyse erstmals auch die Ebene der Landkreise und kreisfreien Städte in Bayern. Dadurch wird es möglich, die Fachkräftesituation vor Ort gezielt zu analysieren und regionalspezifische Maßnahmen abzuleiten.

Hier die Ergebnisse für Bayern:

- Das Arbeitskräfteangebot geht bis zum Jahr 2035 um etwa 5,2 Prozent zurück (Rückgang um ca. 400.000 Personen auf 6,2 Millionen Personen) und fällt damit deutlich geringer aus als in der letzten Studie angenommen (–700.000). Ursächlich ist insbesondere die angepasste 15. Bevölkerungsvorausberechnung, die den enormen Flüchtlingszustrom aus dem letzten Jahr berücksichtigt.
- Die Nachfrage entwickelt sich ebenfalls rückläufig. Bis zum Jahr 2035 um etwa minus 2,0 Prozent (durchschnittlich 0,2 Prozent pro Jahr, absolut von 6,9 Millionen Arbeitskräften auf 6,8 Millionen).
- Das Angebot geht somit stärker zurück als die Nachfrage. In 26 der insgesamt 36 betrachteten Berufshauptgruppen treten im Jahr 2035 Engpässe auf.
- Die größten Engpässe zeigen sich im Jahr 2035 beim Führen von Fahrzeugen und Transportgeräten (–66.000), bei Reinigungsberufen (–65.000), Berufen der Unternehmensführung und -organisation (–66.000), bei der Erziehung und sozialen, hauswirtschaftlichen Berufen (–54.000).
- Überschüsse werden im Jahr 2035 erwartet bei der Werbung, beim Marketing, bei Medienberufen (+15.000), in der Land-, Tier- und Forstwirtschaft (+6.000), bei den lehrenden und ausbildenden Berufe (+5.000).

- Über ganz Bayern betrachtet zeigt sich ein Nord-Süd-Gefälle. Während in den ländlichen Kreisen Oberfrankens, Unterfrankens, Mittelfrankens und der Oberpfalz das Arbeitskräfteangebot überdurchschnittlich zurückgeht, steigt dieses in den Metropolregionen tendenziell eher an.
- Bei der Nachfrageentwicklung zeigt sich ein differenzierteres Bild. Hier ist die vorherrschende Wirtschaftsstruktur vor Ort ausschlaggebend.

Damit auch in Zukunft Fachkräfte für alle Branchen in ausreichender Zahl zur Verfügung stehen, müssen jeweils regional Konzepte und Maßnahmen entwickelt und alle Fachkräftepotenziale gehoben werden. Im Einzelnen heißt das, wir müssen

- die Bildungsoffensive weiter fortsetzen,
- die Erwerbsbeteiligung erhöhen,
- die Beschäftigungschancen verbessern,
- alle Arbeitszeitpotenziale heben und
- neben der Aktivierung des inländischen Arbeitskräftepotenzials die gezielte Zuwanderung von Fach- und Arbeitskräften aus dem Ausland stärken. Zudem müssen Geflüchtete, mit langfristiger Bleibeperspektive, noch rascher und effektiver in den Arbeitsmarkt integriert werden.

Studie und Webmagazin

Die Studie *Regionale Arbeitslandschaften* bietet eine Zusammenfassung der zentralen Ergebnisse für Gesamtbayern, das Webmagazin zeigt die Entwicklung von Angebot und Nachfrage in den einzelnen Regionen bis 2035 auf.



Regionale Arbeitslandschaften
→ vbw-bayern.de/RAL23



Altersvorsorge

Quo Vadis Rentensystem



Bis Mitte des nächsten Jahrzehnts werden die sogenannten Baby-Boomer Jahrgänge sukzessive in den Ruhestand gehen. Derzeit sind über 50 Prozent aller Menschen im Erwerbsalter 45 Jahre und älter. Wenn die stark besetzten Jahrgänge in den kommenden rund 15 Jahren aus dem Erwerbsalter ausscheiden, wird das Erwerbspersonenzugangspotenzial bis Mitte der 2030er-Jahre schrumpfen.

Während der Altenquotient heute noch bei 32 liegt, steigt er bis zum Jahr 2038 auf 44. Für unsere gesetzliche Rentenversicherung folgt aus dieser Entwicklung: weniger Beitragszahler, mehr Rentempfänger, wachsende Finanzierungslücken. Während 2021 noch 100 Personen im Erwerbsalter 62 potenziell zu Versorgenden gegenüberstanden, werden es 2038 bereits 79 sein.

Oberste Priorität: stabile Beitragssätze

Die derzeit noch gute finanzielle Lage der gesetzlichen Rentenversicherung darf nicht über den mittel- und langfristigen Reformbedarf hinwegtäuschen. Wir müssen jetzt die Weichen stellen, um künftige Beitragssprünge zu verhindern. Die Forderungen nach stetigen Leistungsausweitungen – z.B. die dauerhafte Stabilisierung des Rentenniveaus bei 48 Prozent – lehnen wir ab.

Vielmehr gilt es, die Rente mit 67 konsequent umzusetzen und Frühverrentungsanreize, wie die sogenannte Rente mit 63, zu beenden. Zudem brauchen wir eine weitere Flexibilisierung der Übergänge zwischen Erwerbsleben und Rente, um Menschen möglichst lange im Beruf zu halten.

„Wir müssen uns Gedanken darüber machen, wie wir die Lebensarbeitszeit mit der wachsenden Lebenserwartung in Einklang bringen können.“

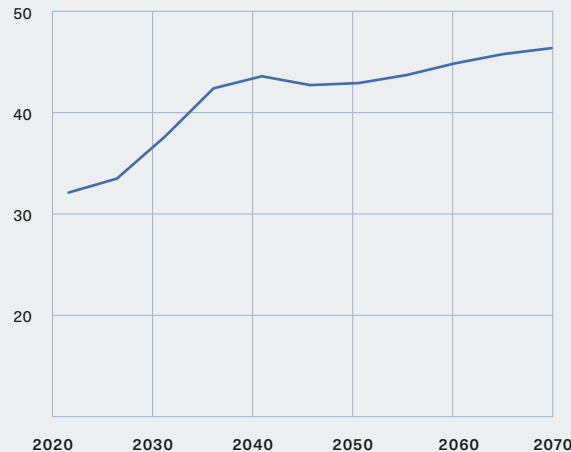
Bertram Brossard
Hauptgeschäftsführer vbw

Vorsorgemix stärken: betriebliche und private Vorsorge weiter ausbauen

Die Rente aus der gesetzlichen Rentenversicherung wird zwar auch künftig entscheidend zur Altersvorsorge beitragen. Um den Lebensstandard im Alter zu sichern, brauchen wir aber eine Weiterentwicklung des Sozialpartnermodells. Neben der Weiterentwicklung des Sozialpartnermodells muss es in der bAV gesichert möglich sein, von Beitragsgarantien abzurücken und so mehr Spielraum bei Kapitalanlage und Rendite zu erhalten. Bei der Riester-Rente brauchen wir eine Generalüberholung. Wichtige Ansatzpunkte sind z. B. die Dynamisierung der Zulagenförderung und die Öffnung für Selbstständige.

Entwicklung des Altenquotienten Prognose bis 2070

Der Altenquotient misst, wie vielen Menschen, die 67 Jahre und älter sind, 100 Personen im erwerbsfähigen Alter (20 bis 66 Jahre) gegenüberstehen.



Quelle: Statistisches Bundesamt



Position

Mythen und Fakten zur 4-Tage-Woche

Die Realisierung einer 4-Tage-Woche durch eine Arbeitszeitverkürzung wird von den Gewerkschaften, der Politik und Teilen der Gesellschaft aktuell stark diskutiert.

In der Eisen- und Stahlindustrie hat die IG Metall eine Verkürzung der wöchentlichen Arbeitszeit auf 32 Stunden bei vollem Lohnausgleich erstmals als Tarifforderung erhoben. Die Gewerkschaften verstehen unter einer 4-Tage-Woche stets eine Arbeitszeitabsenkung mit vollem Lohnausgleich. Sie betrachten kürzere Arbeitszeiten im Rahmen einer 4-Tage-Woche als möglichen Bestandteil eines „demokratischen Fortschrittsmodells“ (attraktive Arbeitsplätze, Sicherung von Beschäftigung durch Umverteilung von Arbeitszeit, Unterstützung von geschlechtergerechter Vereinbarkeit und Beitrag zur Aufwertung von Sorgearbeit).

Die Diskussion über eine Arbeitszeitverkürzung kommt aufgrund der schwierigen konjunkturellen Lage, hoher Energie- und Transformationskosten und unsicherer Lieferketten völlig zur Unzeit. Zudem weist Deutschland mit 1.340 geleisteten Arbeitsstunden je Erwerbstätigem pro Jahr schon heute die geringste Jahresarbeitszeit weltweit auf. Das sind 230 Stunden weniger als im Schnitt der EU-27. Eine weitere Reduzierung gefährdet unseren Standort.

Betriebe können die Arbeitszeit bereits heute schon durch gemeinsame Regelungen mit dem Betriebsrat auf vier Tage in der Woche verteilen. Individualrechtlich gibt es einen Anspruch auf Teilzeit, seit 2019 auch als Brückenteilzeit mit Rückkehrrecht zur Vollzeit. Eine Arbeitszeitverkürzung mit Lohnausgleich verteuert die Arbeitskosten, schwächt die Wettbewerbsfähigkeit, gefährdet die Arbeitsplätze und verschärft den eklatanten Fachkräftemangel. Und die Tarifbindung wird nachhaltig und unumkehrbar geschwächt.

In der aktuellen öffentlichen Debatte um die 4-Tage-Woche wird regelmäßig auf Studien verwiesen, die als „Erfolgsgarant“ stehen und vermeintlich einen positiven Effekt von Arbeitszeitverkürzungen auf die Produktivität darstellen können. Dies ist unzutreffend:

- Das Teilnehmerfeld ist nicht repräsentativ, da an den Studien hauptsächlich Behörden und Dienstleister teilgenommen haben und industrielle Produktionsbetriebe gänzlich fehlen.
- Es wurde eine Positivauswahl vorgenommen. Es haben sich nur Unternehmen angemeldet, die einen Vorteil für sich sehen.

„Es muss bei der unternehmerischen Entscheidungsfreiheit bleiben, welches Arbeitszeitmodell zum Einsatz kommt.“

Bertram Brossardt
Hauptgeschäftsführer vbw

- Wegen kurzer Laufzeiten ist die Aussage zur Entwicklung von Fehlzeiten nicht seriös.
- Die Wertschöpfung wurde in keiner Studie betrachtet. Belastbare Rückschlüsse auf die Produktivitätsentwicklung der Beschäftigten fehlen.
- Effizienzsteigerungen durch Arbeitszeitverdichtung und organisatorische Änderungen (bspw. Verkürzung von Meetings) stehen in keinem kausalen Zusammenhang zur Arbeitszeitreduzierung.

Tarifbindung allgemein

Sowohl aus dem Koalitionsvertrag als auch aus der EU-Mindestlohnrichtlinie ergeben sich Aktivitäten zur „Stärkung der Tarifbindung“. In der EU-Richtlinie wird ein Referenzwert von 80 Prozent für eine angemessene Tarifbindung festgelegt.

Das Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB) spricht in der aktuellen Veröffentlichung zur Tarifbindung in Deutschland 2022 zwar von einem „schleichenden Bedeutungsverlust der Tarifbindung“, doch rechtfertigen die Zahlen 2022 diese Aussage nicht.

- Für 41 Prozent der Beschäftigten gilt ein Flächentarifvertrag.
- Für 10 Prozent der Beschäftigten gilt ein Haustarifvertrag.
- Für 25 Prozent der Beschäftigten gilt eine Orientierung am Tarifvertrag.

76 Prozent von 40,6 Millionen Beschäftigten, dies sind 30,8 Millionen Beschäftigte, fallen somit unter eine Tarifanwendung.



Aktionsrat Bildung | Gutachten

Bildung und berufliche Souveränität

„Damit die Unternehmen ihren Fach- und Arbeitskräftebedarf bestmöglich sichern können, sind sie auf gut qualifizierten Nachwuchs angewiesen.“

Wolfram Hatz
Präsident vbw

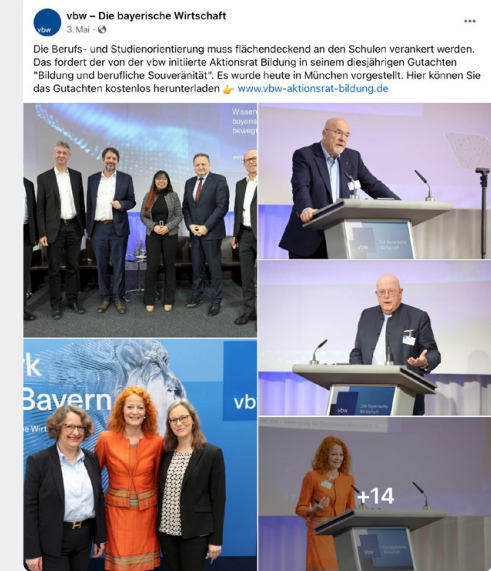
Der Aktionsrat Bildung veröffentlichte im Mai 2023 sein neues Gutachten *Bildung und berufliche Souveränität*. Das politisch unabhängige Expertengremium renommierter Bildungswissenschaftler*innen, das sich 2005 auf Initiative

der vbw – Vereinigung der Bayerischen Wirtschaft e. V. konstituiert hat, erachtet berufliche Souveränität als ein wichtiges Entwicklungsziel für jeden Menschen. Neben der individuellen Ausbildungsreife sind vor allem die Berufswahlbereitschaft und -kompetenz bedeutende Voraussetzungen für eine selbstbestimmte und erfolgreiche Berufsorientierung.

Das Bildungssystem kann mit einer früh einsetzenden Berufsorientierung und effektiven Hilfestellungen einen maßgeblichen Beitrag für die Entwicklung beruflicher Souveränität leisten: Die Schaffung motivationaler Grundlagen, die Entwicklung von Wissen über Berufstätigkeit und Berufe wie auch die Förderung berufswahlrelevanter Vorläuferkompetenzen tragen maßgeblich dazu bei, dass die nachwachsende Generation die Berufswahl unabhängig von Geschlechterstereotypen, sozialem Status oder Herkunft treffen kann. Eine bedeutende Rolle spielen berufspraktische Erfahrungen, die mittels gut vorbereiteter Praktika erste Einblicke in den beruflichen Alltag gewähren. Darauf weist auch Wolfram Hatz, Präsident der vbw – Vereinigung der Bayerischen Wirtschaft e. V., hin: „Der Weg zu einer erfolgreichen Berufsorientierung führt über sinnvoll ausgesuchte Praktika, die im Unterricht praxisnah vor- und nachbereitet werden. Gleichzeitig müssen wir die Eltern beim Entwicklungsprozess der Jugendlichen verstärkt einbinden, denn sie spielen bei der Berufswahl ihrer Kinder eine entscheidende Rolle.“

Für die erfolgreiche Vermittlung beruflicher Souveränität braucht es neben dem engen Austausch mit den Erziehungsberechtigten aber auch spezifisch geschultes pädagogisches Personal in allen Bereichen unseres Bildungssystems. Denn die Entwicklung beruflicher Souveränität ist mit dem Übergang von der Schule in den Beruf nicht abgeschlossen, sondern ist ein lebensbegleitender Prozess. Daher müssen die notwendigen Kompetenzen über alle Phasen von Bildung und Beruf hinweg erworben und eingeübt werden. Gerade der gelingende Umgang mit sich rasch wandelnden beruflichen Herausforderungen ist verbunden mit einer sicheren beruflichen Identität, die es braucht, um den eigenen beruflichen Weg aktiv und souverän gestalten zu können.

Aus unseren Social-Media-Kanälen



Das aktuelle Gutachten des Aktionsrats Bildung *Bildung und berufliche Souveränität* wurde am 03. Mai 2023 im Rahmen eines hybriden Kongresses im Haus der Bayerischen Wirtschaft in München vorgestellt.



Download Gutachten
→ vbw-bayern.de/GABBS

Neues aus den Verbänden

14. Bayerische Wirtschaftsnacht

Am 17. Juni kamen hochrangige Gäste aus Politik, Medien und Gesellschaft zur Bayerischen Wirtschaftsnacht, darunter Bayerns Ministerpräsident Dr. Markus Söder MdL, die stellvertretenden Ministerpräsidenten Hubert Aiwanger MdL und Joachim Herrmann MdL, fast alle Kabinettsmitglieder und zahlreiche Abgeordnete aus dem Deutschen Bundestag und dem Bayerischen Landtag. vbw Präsident Wolfram Hatz erläuterte das vbw Bayern-Programm „12 für 5“ mit Forderungen für die kommenden fünf Jahre und appellierte, dass die Standortpolitik in den Mittelpunkt der politischen Debatte gehöre. In der anschließenden Talk-Runde machte Ministerpräsident Söder deutlich, dass sich Leistung wieder lohnen müsse.



v. l. n. r.: Wolfram Hatz, Präsident, vbw; Bertram Brossardt, Hauptgeschäftsführer, vbw; Dr. Markus Söder MdL, Bayerischer Ministerpräsident



v. l. n. r.: Wolfram Hatz, vbw Ehrenpräsident Dr.-Ing. Eberhard von Kuenheim und Bertram Brossardt

95. Geburtstag von Dr.-Ing. Eberhard von Kuenheim

Der Ehrenpräsident der vbw – Vereinigung der Bayerischen Wirtschaft e.V., Dr.-Ing. Eberhard von Kuenheim, wurde zu seinem 95. Geburtstag mit einem gemeinsamen Abendessen geehrt.

vbw Präsident Wolfram Hatz würdigte von Kuenheim als eine herausragende Persönlichkeit der bayerischen und bundesdeutschen Wirtschaft: „Sie sind eine Legende, ein Visionär und ein Wegbereiter für unser modernes Industrieland. Sie haben der Gründung der vbw den entscheidenden An Schub gegeben. Sie haben damit dafür gesorgt, dass die bayerische Wirtschaft mit einer Stimme sprechen kann.“

Dr.-Ing. Eberhard von Kuenheim hat auch den Weg dafür bereitet, dass sich die Bayerischen Motorenwerke vom mittelständischen Autohersteller zum Weltkonzern entwickelt haben. Er war Motor, Antrieb und Lenker von BMW, und hat die richtige Richtung für das Unternehmen eingeschlagen. „Ihre Lebensleistung ist einzigartig, und auch im Namen meiner Kolleginnen und Kollegen verneige ich mich davor. Wir sind stolz darauf, Sie heute und als Ehrenpräsident in unseren Reihen zu haben!“, führte der vbw Präsident aus.

vbw Medientreff 2023

Auf Einladung von vbw Präsident Wolfram Hatz und vbw Hauptgeschäftsführer Bertram Brossardt kamen zahlreiche Journalist*innen am 12. Oktober zum vbw Medientreff. In seiner Rede ging Hatz auf die aktuellen massiven Herausforderungen für die Wirtschaft ein: „Wir befinden uns mitten in einem tiefgreifenden Strukturwandel. Es muss darum gehen, dass Bayern in diesem Transformationsprozess seine wirtschaftliche Stärke und seinen Wohlstand erhält.“ Mit Blick auf die zurückliegende Landtagswahl forderte Hatz alle Parteien auf, ihren Fokus auf die Wirtschaftspolitik zu legen. „Es gilt jetzt, eine drohende De-Industrialisierung durch zupackende Standortpolitik zu verhindern. Wir brauchen wachstumsfördernde Bedingungen für unsere Unternehmen, damit sie mehr investieren können. Fehlende Investitionen heute sind fehlende Innovationen, fehlende Wertschöpfung und damit fehlende Arbeitsplätze von morgen.“ Für Unterhaltung sorgte Wolfgang Krebs, der wie gewohnt messerscharf parodierte und virtuos in die Erscheinungsbilder und Stimmen verschiedener Politiker schlüpfte.



v. l. n. r.: Bertram Brossardt, Wolfgang Krebs und Wolfram Hatz

50. Bayerisches Wirtschaftsgespräch mit Sigmar Gabriel

Am 04. Juli 2023 war Sigmar Gabriel, Vorsitzender der Atlantik-Brücke e. V. und langjähriger Bundesminister, Gast des 50. Bayerischen Wirtschaftsgesprächs mit rund 200 angemeldeten Teilnehmer*innen. Auf dem Podium sprach er mit vbw Präsident Wolfram Hatz über die Herausforderungen für die transatlantische Partnerschaft und über die Möglichkeiten neuer Handels- und Partnerschaftsabkommen. vbw Präsident Wolfgang Hatz betonte: „Intensiver Handel und gemeinsame Werte stärken Bayern und die USA.“



Sigmar Gabriel beim Wirtschaftsgespräch am 04. Juli 2023

vbw Präsident Wolfram Hatz erneut im Amt bestätigt

Auf der vbw Mitgliederversammlung wurde Wolfram Hatz für zwei weitere Jahre wiedergewählt. Er steht seit 2019 an der Spitze von baymevbw und vbw. Seit Beginn seiner Tätigkeit bei der Hatz GmbH & Co. KG ist er ehrenamtlich für die bayerischen Arbeitgeberverbände tätig, unter anderem war er bereits seit 2004 Vizepräsident von bayme vbw.

Integration von Geflüchteten in den Arbeitsmarkt

Auf dem Kongress der Reihe „Vorsprung Bayern“ hob vbw Hauptgeschäftsführer Bertram Brossardt am 21. September die Erfolge Bayerns bei der Integration von Geflüchteten hervor und wies darauf hin, dass die nächste Landesregierung an diese Erfolge anknüpfen müsse: „Integration ist kein Selbstläufer. Sie bleibt eine dauerhafte und wichtige Aufgabe für Politik, Gesellschaft und die Geflüchteten selbst. Eine tragende Rolle übernehmen die bayerischen Unternehmen, die mit viel Engagement geflüchtete Menschen in die Betriebe und damit in die Arbeitswelt integrieren.“

„Gerade in Anbetracht des Arbeitskräfte- und Fachkräftemangels gilt es, die vorhandenen Potenziale bestmöglich zu fördern. Einen wichtigen Beitrag dazu leisten schon seit über zehn Jahren die bayerischen Berufsintegrationsklassen, denn dort werden junge Geflüchtete sehr gut auf eine betriebliche Ausbildung vorbereitet. Besonders die Zeit nach der Ankunft müssen wir nutzen, um die Menschen zu qualifizieren und fit für den bayerischen Arbeitsmarkt zu machen. Diese Bemühungen lohnen sich: Über 50 Prozent der 2015 Geflüchteten sind heute erwerbstätig. Zusätzlich muss der Zugang zum Arbeitsmarkt für Personen mit Duldung verbessert werden. Daher begrüßen wir die Maßnahmen der Bundesregierung zum sogenannten Spurwechsel in der Asylpolitik“, so Brossardt weiter.

Auftritt des vbw Festivalorchesters mit dem Pianisten Igor Levit beim Festival der Nationen

Am 23. September spielten in Bad Wörishofen Nachwuchsmusiker*innen im Alter von elf bis siebzehn Jahren mit dem international bekannten Pianisten Igor Levit Werke von Beethoven, Felix Mendelssohn Bartholdy und Robert Schumann. „Für uns als bayerische Wirtschaft ist Bildung ein ganzheitlicher Prozess, der über Schule, Ausbildung oder Hochschule hinausgeht. Kulturelles Schaffen und Kre-

ativität sind Ergebnisse der Persönlichkeitsentwicklung junger Menschen. Deswegen engagieren wir uns mit voller Überzeugung in diesem Bereich“, erläutert vbw Präsident Hatz.



vbw Festivalorchester; Pianist Igor Levit




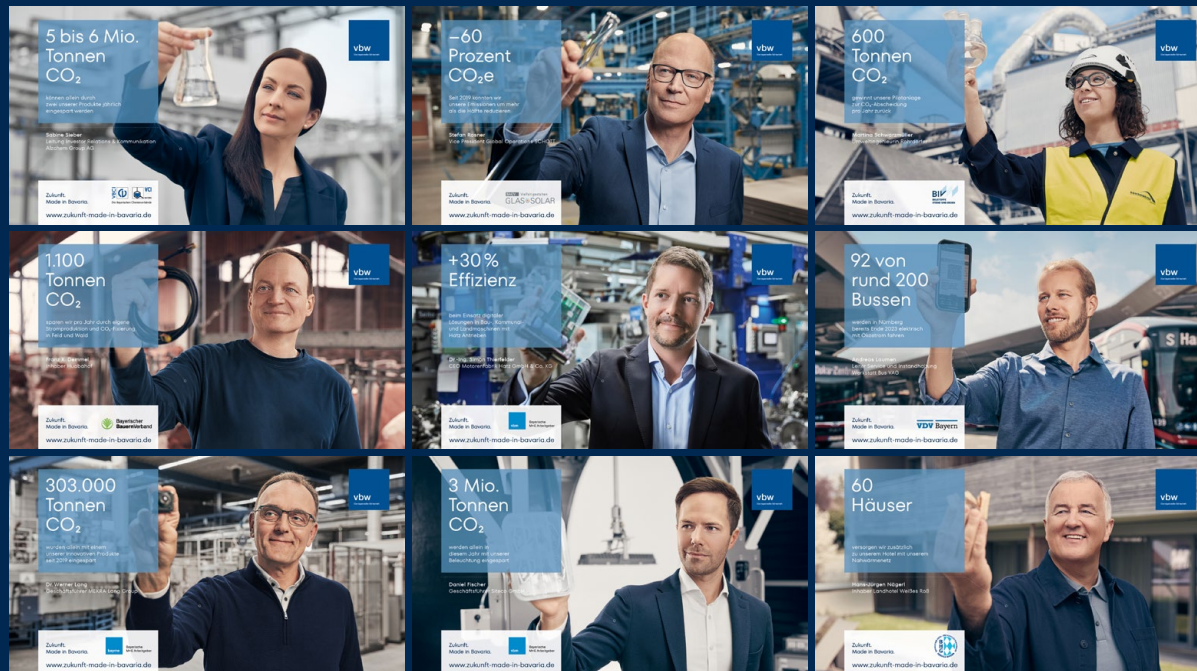
v. l. n. r.: Professor Christoph Adt, Dirigent und Orchesterpädagoge; Wolfram Hatz; Igor Levit; Bertram Brossardt

Innovation und Nachhaltigkeit

Mit der bayernweiten Kampagne *Zukunft. Made in Bavaria.* hat die vbw zusammen mit zahlreichen Mitgliedsverbänden Unternehmen aus vielen Branchen der bayerischen Wirtschaft vorgestellt, die mit ihren nachhaltigen Innovationen „Zukunft. Made in Bavaria.“ gestalten und erfolgreich umsetzen. Mit Videos, Interviews und Hintergrundinformationen wurde anschaulich gezeigt, dass bayerische Unternehmen mit ihren Innovationen international erfolgreich sind und zugleich ökonomische, ökologische und soziale Nachhaltigkeit konsequent umsetzen. Bayern ist hier sogar weiter als Deutschland, das bei der Umsetzung der globalen Nachhaltigkeitsziele laut *Sustainable Development Report* von 2022 das erfolgreichste größere Indus-

trieland ist. Gleichzeitig haben die vbw und die teilnehmenden Verbände mit Blick auf die Landtagswahl deutlich gemacht, welche Rahmenbedingungen für Bayern als lebenswerter und wirtschaftlich erfolgreicher Standort erforderlich sind. Die reichweitenstarke Kampagne endete mit der Landtagswahl und wird mit einem erweiterten Fokus auf die umfassenden Aktivitäten der vbw zur Nachhaltigkeit fortgeführt.

 Kampagnenwebsite
→ zukunft-made-in-bavaria.de



Female Media Night

Anlässlich der Münchner Medientage hat am 24. Oktober zum ersten Mal die Female Media Night im Conti Restaurant stattgefunden. Mit dem Format schafft die vbw eine neue Plattform, die Entscheiderinnen aus der Medienbranche zusammenzubringt und zum Austausch einlädt.

„Wir müssen das Umfeld für Frauen in Führungspositionen optimieren. Sie machen Unternehmen erfolgreicher, weil gemischte Teams kreativer sind und fundiertere Entscheidungen treffen. Das ist gerade auch in der Medienbranche von zentraler Bedeutung“, erläuterte Brossardt vor rund 80 Teilnehmerinnen aus der Medien-, Kultur- und Kreativwirtschaft.

Aus Sicht der vbw bedarf es dazu eines gesamtgesellschaftlichen Ansatzes, der das Hinterfragen tradierter Rollenbilder und eine Änderung des Berufswahlverhaltens beinhaltet.

Bayerischer Hochschulpreis Entrepreneurship

Zum ersten Mal wurden am 19. September herausragende hochschulische Leistungen im Bereich der Gründungsförderung mit dem Bayerischen Hochschulpreis Entrepreneurship „MöglichMacher²³“ ausgezeichnet. Der Preis fördert unternehmerisches Denken und aktives Gründungs-geschehen an den bayerischen Hochschulen. Gestiftet wird der Preis von BayZiel – Bayerisches Zentrum für Innovative Lehre gemeinsam mit dem Bayerischen Staatsministerium für Wissenschaft und Kunst, der vbw und der Hochschule Bayern e.V. Auf der Veranstaltung gab es ein vielfältiges Programm von Workshops, offene Austauschmöglichkeiten und impulsgebende Gesprächsrunden, um tiefer in die Themen Gründung, Gründergeist und Entrepreneurship einzusteigen. Die Preisgelder wurden gemeinsam mit einer Urkunde von Markus Blume MdL, Bayerischer Staatsminister für Wissenschaft und Kunst, und von Dr. Christof Prechtel, stellvertretender vbw Hauptgeschäftsführer, überreicht. Die Preisträger sind die HS München (1. Platz, 15.000 Euro), die HAW Ansbach (2. Platz, 10.000 Euro) und die TH Deggendorf (3. Platz, 5.000 Euro).

Neuer KreativIndex ab 2024

Die vbw und der Bayerische Landesverband der Kultur- und Kreativwirtschaft e.V. (BLVKK) liefern mit ihrem neu entwickelten KreativIndex ein detailliertes Bild über die Situation der Kultur- und Kreativwirtschaft in Bayern. Die vollständige Analyse wird Anfang des kommenden Jahres

zum ersten Mal veröffentlicht. „Die Kultur- und Kreativwirtschaft ist Treiber für neue Technologien und Innovationen sowie Träger von Ideen und Wertvorstellungen und daher ein wichtiger Standortfaktor. Deshalb wollen wir mit unserem KreativIndex eine transparente Bewertungsgrundlage der ökonomischen Situation der Kultur- und Kreativwirtschaft im Freistaat schaffen. Nur so können wir

die richtigen Maßnahmen definieren, um ihre Zukunftsfähigkeit zu sichern“, führt Bertram Brossardt, vbw Hauptgeschäftsführer, dazu aus.

talentnavigator.ukraine

Gemeinsam mit dem Jobcenter München hat die vbw das Projekt *talentnavigator.ukraine* ins Leben gerufen, um Geflüchtete aus der Ukraine auf ihrem Weg in den bayerischen Arbeitsmarkt zu unterstützen. Es ergänzt die Plattform *sprungbrett into work für geflüchtete Menschen aus der Ukraine*. „Ziel ist die passgenaue Vermittlung von Geflüchteten aus der Ukraine in Arbeit, Ausbildung oder Qualifizierung“, erläutert vbw Hauptgeschäftsführer Bertram Brossardt. „Mithilfe der Initiative erkennen wir die Talente der Geflüchteten, tragen zu ihrer optimalen Förderung bei und ebnen ihnen den Weg in eine langfristige Beschäftigung. Indem wir die Geflüchteten bei der Integration in den Arbeitsmarkt unterstützen, verbessern wir ihre Bleibeperspektive und erhöhen gleichzeitig die Beschäftigungspotenziale für unsere bayerischen Betriebe.“ Eine TalentNavigatorin zeigt Geflüchteten aus der Ukraine ihre individuellen Stärken und Chancen auf. Mit seinem Angebot berät und unterstützt das Projekt bei der Suche nach einem passenden Ausbildungs- sowie Arbeitsplatz oder begleitet die Geflüchteten beispielsweise beim Verfahren zur Anerkennung ausländischer Abschlüsse. In enger Zusammenarbeit mit dem Jobcenter München werden die Geflüchteten außerdem bei Bedarf in passende Qualifizierungsangebote vermittelt. Gleichzeitig unterstützt die TalentNavigatorin als Ansprechpartnerin die Unternehmen während des gesamten Einstellungsprozesses, um den Erfolg der Neuzugänge im Betrieb nachhaltig zu sichern.

„Der Weg in die Gesellschaft führt für Geflüchtete über ihre langfristige und erfolgreiche Integration in den Ausbildungs- und Arbeitsmarkt. Sie sind für die Fach- und Arbeitskräftesicherung unserer bayerischen Unternehmen ein Zugewinn“, so Brossardt.

Aus unseren Social-Media-Kanälen



Die vbw im Dialog mit der Politik:
vbw Gemeinschaftsstand auf dem CSU-Parteitag in Nürnberg am 06. Mai 2023 (l.);
Ludwig-Erhard-Gipfel am Tegernsee am 04. Mai 2023 (r.)



Weitere Informationen
→ fks-plus.de/Modellprojekte-FKS-/talentnavigator.ukraine



nos AG zeigte diesen Mangel bis auf Landkreisebene bis ins Jahr 2035 auf: „Bayern: 400.000 Arbeitskräfte fehlen“ und „Nord-Süd-Gefälle beim Fachkräftemangel“ titelten Münchner Merkur und Süddeutsche Zeitung. Auch international berichtete Les Echos unter dem Titel „Les trois défis qui stressent les entreprises du Land“.

Die schleichende De-Industrialisierung in Deutschland ist ein vielschichtiges Problem, bestimmende Faktoren bleiben aber die Energiepreise und die Energieverfügbarkeit. So sollten die Energiepreismechanismen die Breite der Unternehmen entlasten. Eine exklusiv in der Welt veröffentlichte Studie (*Energiepreismechanismen in Theorie und Praxis*) widerlegte diesen Anspruch und zitierte vbw Hauptgeschäftsführer Bertram Brossardt mit den Worten: „Die Energiepreismechanismen greifen aufgrund komplexer Regularien und hoher Anforderungen zu selten.“ In diesem Zusammenhang zeigt die in der SZ veröffentlichte Studie „Internationaler Energiepreisvergleich für die Industrie“, dass die aktuellen Energiepreise die internationale Wettbewerbsfähigkeit der Industrie gefährden.

Außerdem platzierten die Verbände viel beachtete Studien und Erhebungen in den Medien. Darunter in der Süddeutschen Zeitung zum CO₂-Infrastrukturbedarf in Bayern („Wirtschaft fordert CO₂-Transportnetz, 04. Oktober 2023“), auf der dpa zu den Technologieprofilen in Bayern („Bayerns Wirtschaft verliert bei wichtigen Patenten an Boden, 14. September 2023“) und in der Frankfurter Allgemeinen Zeitung zu den Folgen einer Bi-Polarisierung der Weltwirtschaft („Die Kosten einer Deglobalisierung, 31. Juli 2023“).

In den Medien

Im ersten Dreivierteljahr 2023 hat sich der Erfolg des Gesamtjahres 2022 in der Pressearbeit für die Verbände fortgesetzt. Insbesondere der breite Themenmix aus Landtagswahl, Energiepreisen und -verfügbarkeit, schleichender De-Industrialisierung, Arbeitskräfte- und Fachkräftemangel sowie der Debatte um die 4-Tage-Woche bei Lohnausgleich lenkten die Aufmerksamkeit auf die Herausforderungen in der bayerischen Wirtschaft. In den ersten zehn Monaten 2023 summierten sich die Belege auf allen Kanälen, von Print über Online und Hörfunk bis Fernsehen, auf 11.635. Das liegt im Vergleich zum gleichen Zeitraum nahezu auf dem Niveau des Rekordjahres 2022.

Der Arbeitskräfte- und Fachkräftemangel ist ein Dauerthema und belastet die bayerische Wirtschaft quer durch alle Branchen. Die im Rahmen einer Pressekonferenz vorgestellte Studie *Regionale Arbeitslandschaften* der Prog-

<p>Anzahl der Belege Januar bis Oktober 2023</p> <p>11.635</p>	<p>Anzahl der Pressemitteilungen Januar bis Oktober 2023</p> <p>386</p>
---	--



Vier Tage, voller Lohn „nicht machbar“
vbw-Chef Bertram Brossardt kritisiert Forderung nach Arbeitszeitreduzierung der Fach- und Arbeitskräfte

Das ist nicht die erste Forderung nach Arbeitszeitreduzierung der Fach- und Arbeitskräfte, die in den vergangenen Wochen in den Medien und in der Politik zu hören ist. Doch die Forderung nach vier Tagen voller Lohn ist ein Schritt in die falsche Richtung. In einem Land, das sich durch seine Wirtschaftskraft auszeichnet, ist es nicht machbar, vier Tage voller Lohn zu zahlen. Die Forderung nach vier Tagen voller Lohn ist ein Schritt in die falsche Richtung. In einem Land, das sich durch seine Wirtschaftskraft auszeichnet, ist es nicht machbar, vier Tage voller Lohn zu zahlen.

Die Kosten einer Deglobalisierung
Analyse: Warenhandel und Beschäftigung würden unter einer Aufteilung in zwei Handelsblöcke stark leiden

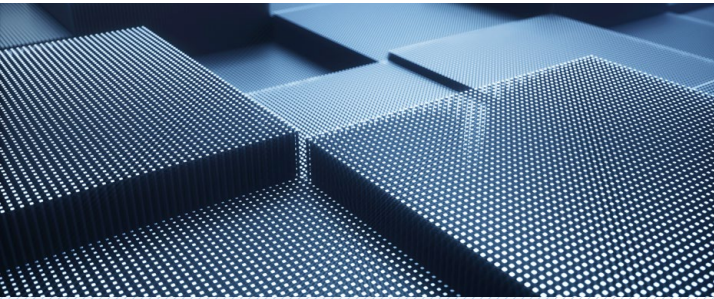
Nach Ostasien und Nordamerika sind die USA und Europa die wichtigsten Handelspartner für die deutsche Wirtschaft. Eine Aufteilung der Weltwirtschaft in zwei Handelsblöcke würde die deutsche Wirtschaft stark beeinträchtigen. Die Analyse zeigt, dass die deutsche Wirtschaft stark von der globalen Integration abhängt.

Wirtschaft fordert CO₂-Transportnetz
Eine Studie schlägt vor, das Gas zu speichern und zu nutzen, auch um die Klimaziele zu erreichen

Die Industrie fordert ein CO₂-Transportnetz, um die Klimaziele zu erreichen. Eine Studie schlägt vor, das Gas zu speichern und zu nutzen, auch um die Klimaziele zu erreichen.

Bayern: 400 000 Fachkräfte fehlen
München – In Bayern werden im Jahr 2035 etwa 400 000 Arbeitskräfte fehlen. Nach einer Prognose der Bundesagentur für Arbeit werden in den kommenden Jahren immer mehr Stellen unbesetzt bleiben.

1. Passauer Neue Presse, 21. September 2023
2. Frankfurter Allgemeine Zeitung, 31. Juli 2023
3. Die Welt, 22. August 2023
4. Süddeutsche Zeitung, 04. Oktober 2023
5. Münchner Merkur, 11. August 2023



Aus den Regionen

Oberbayern

Auf der Weiterbildungsmesse in der Alten Kongresshalle in München war die vbw mit einem Stand der Taskforce FKS+ vertreten. Die Taskforce FKS+ ist Teil der Initiative Fachkräftesicherung FKS+, die 2018 von der vbw und der Bayerischen Staatsregierung ins Leben gerufen wurde, um Unternehmen zielgerichtet und kostenfrei bei der Fachkräftesicherung zu unterstützen. Zahlreiche Unternehmen und Beschäftigte informierten sich über die vielfältigen Möglichkeiten der beruflichen Qualifizierung und Weiterbildung. Eine besondere Ehre war der Besuch von Staatsministerin Ulrike Scharf am Stand.

Niederbayern

Die vbw Bezirksgruppe Niederbayern begrüßte zu ihrem 5. Sommerempfang auf Burg Trausnitz Festredner Staatsminister a.D. Dr. Otto Wiesheu. In seiner prägnanten Analyse der Lage der bayerischen Wirtschaft gab er interessante Impulse zur Vermeidung einer sich abzeichnenden Abwärtsspirale und warnte eindringlich vor einer schleich-

enden De-Industrialisierung. Dass die Region mit ihren großartigen Unternehmen, qualifizierten Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern und ihrer Bildungs- und Wissenschaft auch im Wandel stark bleiben kann, betonte Dr. Thomas Pröckl, Vorstandsvorsitzender der vbw Niederbayern.



13. Juli 2023, München
Taskforce FKS+ auf der Weiterbildungsmesse

v. l. n. r.: Winfried Hüntelmann, Vorsitzender der Geschäftsführung, Agentur für Arbeit, München; Tabea Hoffmann, Gesamtkoordination, Taskforce FKS+; Ulrike Scharf, MdL, Staatsministerin für Familie, Arbeit und Soziales; Marc Hilgenfeld, Geschäftsführer, vbw Bezirksgruppe München-Oberbayern



22. Juni 2023, Landshut
Sommerempfang der vbw Bezirksgruppe Niederbayern

v. l. n. r.: Dr. Thomas Pröckl, Vorsitzender der vbw Bezirksgruppe Niederbayern; Dr. Jutta Krogull, Geschäftsführerin, vbw, Bezirksgruppe Niederbayern; Dr. Otto Wiesheu, Staatsminister a. D.; Wolfram Hatz, Präsident, vbw; Bertram Brossardt, Hauptgeschäftsführer, vbw



13. Juli 2023, Kloster Banz
20. Wirtschaftstag Oberfranken

v. l. n. r.: Clemens Dereschkewitz, CEO, Glen Dimplex Deutschland GmbH; Wolfram Hatz, Präsident, vbw; Tina-Maria Vlantoussi-Kaerer, Vorstand, KAESER KOMPRESSOREN SE; Thomas Kaeser, Vorstandsvorsitzender, KAESER KOMPRESSOREN SE; Patrick Püttner, Geschäftsführer, vbw, Bezirksgruppe Oberfranken

Oberfranken

Die drei großen Ds – demografischer Wandel, Digitalisierung und Dekarbonisierung – stehen für Herausforderungen, welche auch die oberfränkischen Unternehmen meistern müssen. Gleichzeitig kämpfen sie weiterhin mit einem Mix aus Krisen und die Konjunktur tritt dabei auf der Stelle. Auf ihrem 20. Wirtschaftstag Oberfranken hat die Bezirksgruppe Oberfranken vor einer schleichenden De-Industrialisierung der Standorte Deutschland und Bayern gewarnt. vbw Präsident Wolfram Hatz sprach dabei als Festredner die Gefahren für die bayerische Wirtschaft deutlich an.

Unterfranken

Die Arbeit war geprägt vom Russland-Ukraine-Krieg, Energiethemen und der Landtagswahl Bayern am 08. Oktober 2023. Geschäftsführer Michael Bischof führte im Juli und August 2023 mit fünf Kandidat*innen für den Bayerischen Landtag von FDP, SPD, Freien Wählern, Bündnis 90 / Die Grünen und CSU sogenannte *Breakfast Talks zur Landtagswahl* online durch. Dabei ging es um Themen wie



23. Oktober 2023, Rottendorf
49. Zukunftsforum

v. l. n. r.: Michael Bischof, Geschäftsführer, vbw Bezirksgruppe Unterfranken; Oberst i. G. Thomas Spangenberg, stellvertretender Kommandeur sowie Chef des Stabes des Weltraumkommandos der Bundeswehr, Uedem; Wolfgang Fieber, Vorsitzender des Vorstands, vbw Bezirksgruppe Unterfranken



13. September 2023, Altdorf bei Nürnberg
Vorstandssitzung der vbw Bezirksgruppe Mittelfranken

v. l. n. r.: Harald Hubert, Vorsitzender, vbw Bezirksgruppe Mittelfranken; Marcus Flemming, stv. Vorsitzender, vbw Bezirksgruppe Mittelfranken



23. Oktober 2023, Augsburg
10. Augsburger Forum Arbeitsrecht

v. l. n. r.: Dr. Christian Stubbe, Richter, Arbeitsgericht Kempten; Prof. Dr. Martina Benecke, Lehrstuhl für Bürgerliches Recht, Handels-, Arbeits- und Wirtschaftsrecht, Universität Augsburg; Prof. Dr. Martin Maties, Lehrstuhl für Bürgerliches Recht, Arbeits- und Sozialrecht sowie Methodenlehre, Universität Augsburg (Moderation); Stephanie Ammicht, Geschäftsführerin, vbw Bezirksgruppe Schwaben, Augsburg

Energieversorgung, Arbeitskräfte- und Fachkräftesicherung, Verkehr und digitale Netze. Beim hybrid durchgeführten 49. *Zukunftsforum* am 23. Oktober 2023 in Rottendorf sprach Oberst i. G. Thomas Spangenberg, stellvertretender Kommandeur sowie Chef des Stabes des Weltraumkommandos der Bundeswehr, Uedem, vor über 100 Gästen zum Thema „Dimension Weltraum: Chancen – Risiken – Bedrohungen“. In der vbw Vorstandssitzung am 23. Oktober 2023 ging es unter anderem um das vbw Verbindungsbüro in Albanien, die Fachkräftesituation in Unterfranken und „Aktuelles zur Rente und zum Träger Deutsche Rentenversicherung Nordbayern (DRV)“.

Mittelfranken

Bei der Vorstandssitzung der vbw Bezirksgruppe Mittelfranken am 13. September 2023 in Altdorf bei Nürnberg diskutierten die Vertreter der vbw Mitgliedsverbände über die aktuelle Situation bei der Energieversorgung. Gastgeber Marcus Flemming (stv. Vorsitzender der Bezirksgruppe Mittelfranken) verdeutlichte bei einer Betriebsführung durch die Produktion der Firma Döbrich & Heckel die besondere Situation eines energieintensiven Betriebs im Bereich der technischen Keramik.

Schwaben

Im Sommer 2023 fanden einige Veränderungen im vbw Bezirksgruppenvorstand Schwaben statt. Folgende Personen wurden von den vbw Mitgliedsverbänden in den Bezirksgruppenvorstand delegiert:

- Dr. Carmen Fritz, BLVKK – Bayerischer Landesverband der Kultur- und Kreativwirtschaft e. V.
- Anton Asam, VBEW – Verband der Bayerischen Energie- und Wasserwirtschaft e. V.
- Gernot Egretberger, bayme vbm – Bayerische M+E Arbeitgeber

Am 23. Oktober 2023 fand das 10. *Augsburger Forum Arbeitsrecht* statt. Neben Prof. Dr. Martina Benecke, Universität Augsburg, diskutierte Dr. Christian Stubbe, Richter am Arbeitsgericht Kempten, mit den Teilnehmer*innen Fragen zum Thema Betriebsübergang nach § 613 a BGB.

Oberpfalz

Die Wirtschaft in der Oberpfalz wird nach wie vor durch hohe Energiepreise, drückenden Arbeitskräftemangel und langwierige Verwaltungsverfahren beeinträchtigt. Die schlechte Baukonjunktur macht sich bei den zahlrei-

chen Bauunternehmen der Oberpfalz deutlich bemerkbar. In diversen Veranstaltungen wurden die Forderungen der regionalen Wirtschaft gegenüber den Kandidaten für die Landtagswahl adressiert. Das herausragende Engagement zahlreicher Oberpfälzer Schulen bei der Berufswahl wurde mit dem Berufswahlsiegel ausgezeichnet.



23. Oktober 2023, Augsburg
vbw Pressegespräch „Standort in Gefahr“

v. l. n. r.: Hermann Brandl, Geschäftsführer, vbw Bezirksgruppe Oberpfalz; Stephan Fischer, stv. Vorstand, vbw Bezirksgruppe Oberpfalz; Hubert Obendorfer, DEHOGA

vbw Gremium

Präsident



Dipl.-Betriebswirt Wolfram Hatz
Vorsitzender des Beirats und Gesellschafter
Motorenfabrik Hatz GmbH & Co. KG,
Präsident vbw

Vizepräsident*innen

Bertram Brossardt

Hauptgeschäftsführer vbw – Vereinigung der Bayerischen
Wirtschaft e. V., München

Dipl.-Ing. Josef Geiger

Geschäftsführender Gesellschafter Wilhelm Geiger GmbH & Co. KG,
Präsident Bayerischer Bauindustrieverband e. V.

Dr. Christian Hartel

Mitglied des Vorstands Wacker Chemie AG,
Vorsitzender Verein der Bayerischen Chemischen Industrie e. V.
und Verband der Chemischen Industrie e. V., Landesverband Bayern
Mitglied im VCI Präsidium

Marion Höllinger

Sprecherin des Vorstands der HypoVereinsbank –
UniCredit Bank AG, München,
Vorstandsvorsitzende Bayerischer Bankenverband e. V.

Ilka Horstmeier

Personalvorständin und Arbeitsdirektorin,
Mitglied des Vorstands BMW AG

Dr. Thomas Kuhn

Rechtsanwalt, Präsident des Verbands Freier Berufe e. V.

Carola Kupfer

Autorin, Ghostwriterin, Texterin und Kommunikationstrainerin,
Präsidentin, Bayerischer Landesverband der Kultur- und Kreativ-
wirtschaft e. V.

Ernst Läger

Persönlich haftender Gesellschafter Benno Marstaller KG,
Präsident Handelsverband Bayern e. V.

Dipl.-Ing. Christoph Leicher

Geschäftsführer Leicher Engineering GmbH, Präsident Landes-
verband Groß- und Außenhandel, Vertrieb und Dienstleistungen
Bayern e. V.

Dr. Markus Litpher

Mitglied des Vorstands Lechwerke AG, Vorsitzender AGV
Bayerischer Energieversorgungsunternehmen

Dr.-Ing. Rolf Pfeiffer

Geschäftsführender Gesellschafter DEPRAG SCHULZ GMBH
u. CO. KG, stv. Vorstandsvorsitzender, VDMA Bayern

Angelique Renkhoff-Mücke

Vorstandsvorsitzende WAREMA Renkhoff SE, Tarifverhandlungs-
führerin vbm, Mitglied im Präsidium und Vorstand vbm

Dr. Markus Rieß

Vorsitzender des Vorstands ERGO Group AG, Arbeitgeberverband
der Versicherungsunternehmen in Deutschland e. V.,
Mitglied des Vorstands Münchner Rückversicherung AG

Dr. Klaus-Peter Röhler

Mitglied des Vorstands Allianz SE, Arbeitgeberverband der
Versicherungsunternehmen in Deutschland e. V.

Dr. Christian Heinrich Sandler

Vorsitzender des Vorstands Sandler AG, Präsident Verband der
Bayerischen Textil- und Bekleidungsindustrie e. V.

Jürgen Schaller

Geschäftsführer Carl Macher GmbH & Co. KG, Vorstandsvor-
sitzender des Verbands Bayerischer Papierfabriken e. V.

Erich Schulz

Geschäftsführer Erich Schulz GmbH & Co. KG,
Vorsitzender Unternehmerverband bayerisches Handwerk,
Vorstand/Landesinigungsminister Fachverband Sanitär,
Heizungs- und Klimatechnik Bayern

Hubert Schurkus

Vorsitzender des Vorstands Bildungswerk der Bayerischen
Wirtschaft (bbw) e. V.

Ehrenpräsidenten

Alfred Gaffal

Dr.-Ing. E. h. Eberhard von Kuenheim
Prof. Randolph Rodenstock



Das vollständige aktuelle Gremium
finden Sie unter folgendem Link
→ vbw-bayern.de/VBWGR

Stark für Bayern

Die vbw – Vereinigung der Bayerischen Wirtschaft e. V. ist die freiwillige, branchenübergreifende Interessenvereinigung der bayerischen Wirtschaft. Wir vertreten die gemeinsamen wirtschaftlichen, sozialen und gesellschaftspolitischen Interessen von 155 Arbeitgeber- und Wirtschaftsverbänden sowie 48 Fördermitgliedern. So erhalten wir den Freiraum für wirtschaftliches Handeln und sichern gleichzeitig den sozialen Frieden.

www.vbw-bayern.de

Sie finden uns auch auf



Thematische
vbw Microsites

www.fks-plus.de
www.regional-datenbank.de

Newsletter Vip
Verbandsinformation personalisiert

Exklusiv für unsere Mitglieder:
Wöchentlicher Überblick über alle Themen
und Positionen der vbw. Jetzt anmelden unter
www.vbw-bayern.de/vip

Ansprechpartner

Tobias Rademacher
Referent Presse- und Öffentlichkeitsarbeit

T 089-551 78-399
tobias.rademacher@vbw-bayern.de

Impressum

Alle Angaben dieser Publikation beziehen sich ohne jede Diskriminierungsabsicht grundsätzlich auf alle Geschlechter.

Herausgeber
vbw
Vereinigung der Bayerischen
Wirtschaft e. V.
Max-Joseph-Straße 5
80333 München
www.vbw-bayern.de

© vbw November 2023

Konzeption und Realisation
gr_consult gmbh
vbw@gr-consult.net

Bildnachweis
Getty Images: Seite 10, 13, 19, 21;
Istock: Seite 01, 04, 06, 11, 12;
alle anderen Bilder vbw oder direkt
gekennzeichnet
